

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
 □ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag, Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 32.

Charlottenburg, Freitag, den 9. August 1918.

Jahrg. 45.

An die Zahlstellenkassierer und Mitglieder!

Nach den Bestimmungen unseres Statuts ist ein Anspruch auf Arbeitslosen-, Kranken- usw. Unterstützung nicht mehr vorhanden, wenn der Antragsteller am Tage des Eintritts der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande ist.

Diese Bestimmung gilt für alle Mitglieder ohne Unterschied, demzufolge auch für die Einzelmitglieder, die ihre Beiträge in der Regel vierteljährlich an den Kassierer der zunächst liegenden Zahlstelle einbringen. Wenn diese Mitglieder sich nicht in die Gefahr begeben wollen, wegen höheren als statutarisch zulässigen Beitragsresten Unterstützungsansprüche zu verlieren, dann müssen sie vor Ablauf der 6. Woche im Quartal die Beiträge für das laufende Quartal an den Kassierer absenden.

Die Kassierer, die Einzelmitglieder in ihrer Verwaltung haben, wollen dieselben auf vorstehendes aufmerksam machen.

Das Verbandsbureau.

Die Lohnfrage.

Aus einer im „Korrespondenzblatt“ erschienenen Artikelserie: „Der gewerkschaftliche Wiederaufbau nach dem Kriege“ entnehmen wir den nachstehenden Artikel, der die Lohnfrage behandelt und auch unsere Leser interessieren wird.

I.

Die Behandlung der Lohnfrage nach dem Kriege ist schon heute in der Literatur der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine der heißumstrittensten. Während auf Arbeitgeberseite ganz offen ein Abbau des angeblich hohen Kriegslohnniveaus angekündigt wird, läßt man es auf Arbeiterseite an ernstern Warnungen vor den Konflikten, die aus solchen Maßnahmen erwachsen müssen, nicht fehlen. Man kann sagen, daß die Lohnfrage ein äußerst heißes Problem für die deutsche Volkswirtschaft zu werden droht — Grund genug für alle Beteiligten, sich recht eingehend mit ihr zu beschäftigen.

Der Krieg hat so abnorme Verhältnisse geschaffen, daß es äußerst schwer und schmerzhaft erscheint, zu Normen, die der Friedenswirtschaft entsprechen, den Weg zurückzufinden. Sinkender Geldwert und allgemeine Teuerung haben die Kaufkraft der Arbeitslöhne und Angestelltengehälter im Kriege stark herabgesetzt. Die Lebenshaltungskosten sind enorm gestiegen. Nach Feststellungen des Rgl. Preuß. Stat. Landesamts in Berlin aus 51 Städten sind die Kleinhandelspreise vom September 1913 bis September 1917 gestiegen: Erbsen um 165 Proz., Bohnen 124 Proz., Linsen 229 Prozent, Kartoffeln 188 Proz., Butter 110 Proz., Schmalz 181 Prozent, Backobst 221 Proz., Eier 304 Proz., Milch 29 Proz., Hühnerfleisch 253 Proz., Rindfleisch 86 bis 207 Proz., Schweinefleisch 54 bis 164 Proz., Kohlen bis 237 Proz., Seife 1400 Proz. Die Preise für Bekleidung und Schuhwerk betragen ein Vielfaches gegenüber der Zeit vor dem Kriege, nicht minder die Preise für Haushaltungsgegenstände, Möbel usw. Wenn manche Lebensmittel, dank der Höchstpreise, etwas mäßiger verteuert sind, und wenn auch die Aufschläge auf die Wohnungsmieten hinter anderen Preissteigerungen zurückbleiben, so ergibt sich aus der Gesamtwirkung der Teuerung immerhin eine äußerst bedrückende Belastung des Lebensunterhaltes.

Die Arbeiterschaft hat aber nur zu einem kleinen Teil ein Äquivalent für die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch höhere

Löhne gefunden. Man hat viel von den märchenhaften Kriegslöhnen der Arbeiterschaft in den Munitionsfabriken und in anderen Kriegsindustrien gelesen. Wochenverdienste von 200 bis 300 Mk. und darüber sollen nichts Seltenes gewesen sein und selbst Regierungsräte sollen an diese Einkommen nicht herangereicht haben. Diese Angaben leiden an starken Übertreibungen und Verallgemeinerungen. Gewiß haben einzelne kleine Facharbeitergruppen hohe Löhne in der Kriegsindustrie erzielt und Gehilfenmeister sind sehr gut bezahlt worden, um Ungelernte und Arbeiterinnen einzurichten. Aber es ist nicht gängig, deren Einkommen zu verallgemeinern.

Die amtlichen Lohnstatistiken geben ein ganz anderes Bild. Das Kaiserlich Statistische Amt hat festgestellt, daß vom März 1914 bis zum September 1916 bei 369 befragten Arbeitern und Arbeiterinnen die Lohnsteigerung nur 46 Proz. betrug. In der Maschinenindustrie ergab sich eine Steigerung bei männlichen Arbeitern um 48 Proz. und bei weiblichen um 70 Proz., in der elektrischen Industrie um 64 bezw. 74 Proz., in der Metallindustrie um 44 bezw. 99 Proz., in der chemischen Industrie um 34 bezw. 50 Proz., in der Papierindustrie um 40 bezw. 27 Proz., in der Holzindustrie um 32 bezw. 30 Proz., in der Nahrungsmittelindustrie um 8 bezw. 37 Proz., in der Leder- und Gummiindustrie um 124 bezw. 113 Prozent, in der Industrie der Steine und Erden um 21 bezw. 30 Prozent. Für den Bergbau liegen die amtlichen Lohnnachweisungen vor, nach denen in den Hauptbergbezirken die durchschnittlichen Schichtlöhne der eigentlichen Bergarbeiter vom 2. Quartal 1914 bis zum 4. Quartal 1917 um 71 bis 90,8 Proz., die der sonstigen Untertagsarbeiter um 60,7 bis 63,7 Proz., die der erwachsenen Obertagsarbeiter um 72,8 bis 89,3 Proz. und die der jugendlichen Arbeiter um 111,5 bis 123,4 Proz. gestiegen sind. Das sind aber nur einige hochbezahlte Arbeitergruppen.

Nach den Lohnnachweisungen der deutschen Unfall-Versicherungsgenossenschaften sind die durchschnittlich verdienten jährlichen Lohnbeträge der Versicherten aller 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften von 1215,35 Mk. im Jahre 1913 auf 1400,99 Mk. im Jahre 1916 pro Kopf der Vollarbeiter gestiegen. Das ergibt nur eine Zunahme von 185,64 Mk., gleich 15,2 Proz. Eine Steigerung trat in 51 Berufsgenossenschaften in Höhe von 1,4 bis 36,8 Proz. ein, dagegen in 17 Berufsgenossenschaften eine Senkung von 0,1 bis 58,6 Prozent. Es ist gewiß von Interesse, die Veränderungen der durchschnittlichen Lohnbeträge der Versicherten in den einzelnen Industriegruppen kennen zu lernen. Im Bergbau finden wir eine Zunahme von 19,7 Proz., in der Steinbruchindustrie von 10 Proz., in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie von 7,7 bis 36,8 Prozent; in der Keramik schwankt die Veränderung zwischen 1,1 Prozent minus und 18,2 Proz. plus, in der Textilindustrie zwischen 58,6 Proz. minus und 16,4 Proz. plus, in der Papierindustrie zwischen 1,0 Proz. minus und 9,0 Proz. plus. Die chemische Industrie weist eine Steigerung um 18,1 Proz., die Gas- und Wasserwerke um 13,9 Proz., die Lederindustrie um 18,8 Proz., die Holzindustrie um 2,5 bis 12,5 Proz., die Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 1,4 bis 19,4 Proz. auf. Eine Abnahme trat ein in der Bekleidungsindustrie um 2,0 Proz., in den Reinigungsgewerben um 6,4 Proz., in den graphischen Gewerben um 13,5 Proz., im Handelsgewerbe um 1,9 Proz. und bei den Versicherten der Tierhaltung um 6,2 Proz. Im Baugewerbe endlich zeigte sich eine Schwankung zwischen 20,2 Proz. Abnahme und 34,8 Proz. Zunahme, im Eisen- und Straßenbahnbetrieb zwischen 13,6 Proz. Ab- und 8,6 Proz. Zunahme und in Lagerei und Transport zwi-

schen 0,1 Proz. Ab- und 18,4 Proz. Zunahme. Das Gesamtergebnis aller dieser Veränderungen, eine Lohnsteigerung um 15,2 Prozent in 2 1/2 Jahren, ist ein äußerst mäßiges zu nennen, das natürlich weit hinter den Mehrkosten der Lebenshaltung zurückgeblieben ist. Daß dieses Ergebnis beeinflusst wird durch die vermehrte Arbeit von Frauen und Jugendlichen, soll nicht verkannt werden. Setzt man ein Verhältnis von Männer-, Frauen- und Jugendlichenarbeit vor dem Kriege von 5 : 2 : 1 und der Löhne von 3 : 1,5 : 1 zugrunde und schätzt man, daß sich die Beschäftigung wie 3 : 3 : 1 und die Entlohnung wie 3 : 2 : 1 verschoben haben dürften, so würde sich eine durchschnittliche Lohnsteigerung der Männer um 16,2 Proz., der Frauen um 55 Proz. und der Jugendlichen um 75 Proz. ergeben. Allzuweit dürften sich die wirklichen Lohnsteigerungen von diesem Schätzungsverhältnisse nicht entfernen; nur einige Industrien und Facharbeitergruppen machen eine Ausnahme davon, aber ihr Anteil ist kein großer. Zweifellos ergibt sich auch für das Jahr 1917, dessen statistische Materialien noch nicht vorliegen, eine abermalige Steigerung der Durchschnittslohnbeträge. Aber man kann ohne Fehlschluß sagen, daß für die große Masse der Arbeiterschaft die Löhne nicht im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen gestiegen sind. Im Gegenteil hat sich die Lebenshaltung weiter Arbeiterkreise während des Krieges zweifellos verschlechtert, eine Tatsache, die nicht allein aus der Rationierung des Lebensmittelverbrauchs, sondern auch aus dem Mißverhältnis zwischen Lebensmittelpreisen und Lohneinkommen erklärt werden muß.

Während der Ubergangswirtschaft ist eine erhebliche Verbilligung der Lebenshaltung kaum zu erwarten, selbst wenn die Reichsregierung die während des Krieges durchgeführte Lebensmittelpolitik aufrechterhält. Einer Herabsetzung der Lebensmittelpreise zieht das Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot Schranken und die Steigerung der Mietpreise, die bereits jetzt eingesetzt hat, kann durch eine energische Wohnungs- und Siedelungspolitik höchstens aufgehalten, nicht aber zurückgesteuert werden.

Muß die Arbeiterschaft somit auch nach dem Kriege mit einer Weiterdauer der Teuerung rechnen, so kann es sie nur mit wachsender Beunruhigung erfüllen, wenn sie die Wahrnehmung machen muß, daß in den leitenden Arbeitgeberkreisen an den Bestrebungen, die Löhne wiederum zu senken und die Teuerungszulagen zu beseitigen, hartnäckig festgehalten wird. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat sich seit Jahren zum Mundstück dieser Bestrebungen gemacht. Schon ihre bereits erwähnte Rundgebung über die Mehreinstellung von Frauen streifte die Lohnfrage in dem Sinne, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel Lohn erhalte. Im September v. J. propagierte das Blatt für das Handwerk die Parole des Abbaues der Kriegslöhne und Beseitigung der Teuerungszulagen und erwartete von den Arbeitnehmern, diese Frage mit recht vielem Verständnis aufzunehmen und sich den Vorschlägen des selbständigen Handwerks zugänglich zu erzeigen, falls es ihnen ernst mit dessen Wohl sei. Im Einverständnis mit dieser Haltung des Unternehmerorgans empfahl die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in einem Rundschreiben, betreffend Verhalten gegenüber den Lohnforderungen der Arbeiter, grundsätzliche Bindungen ausdrücklich abzulehnen. „Es muß zweifellos festgestellt werden, daß unter dem Drange der Kriegsnotwendigkeiten abgerundene Zugeständnisse nur vorübergehende Geltung haben, und daß man nicht gewillt ist, sich in irgendeiner Beziehung für die kommende Zeit festlegen zu lassen. Alle Vereinbarungen sollten nur für vorübergehende Zeit oder für die Zeit des Krieges geschlossen werden. Das trifft namentlich zu für die Festsetzung von Mindestlöhnen, die die Arbeitgeber unter dem Druck der Verhältnisse hier und da vielleicht zugestehen müssen.“ Noch deutlicher wurde freilich ein österreichisches Unternehmerorgan, welches erklärt: „Dann erst, wenn nicht Zensurverbote drohen, nicht „weiße Blätter“ weniger Entstellungen als Ehrenurden bringen, wird wieder mit der überragten Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit gekämpft werden können.“

Gegenüber solchen Bestrebungen ist es doppelt wertvoll, auf eine vernünftige Beurteilung der Lohnfrage aus Arbeitgeberkreisen hinweisen zu können. Der Geschäftsführer des bayerischen Industriellenverbandes, Dr. Sahl, erklärt:

„Was die Lohnfrage betrifft, so dürfte hier wohl ein allen Wünschen entsprechender Weg gefunden werden können. Während des Krieges wurden die Löhne fast durchweg nur vorläufig geregelt, d. h. man hat in der Hauptsache an den alten, vor dem Kriege gültigen Lohnsätzen festgehalten, und die durch die Verteuerung der Lebenshaltung notwendig gewordenen Ausgleich durch die Gewährung von Kriegs- und Teuerungszulagen geschaffen. Man darf wohl annehmen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für die meisten zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände eine er-

hebliche Senkung des Preisstandes gegenüber der gegenwärtigen Marktlage eintreten wird. Wenn sich dann einmal übersehen lassen wird, daß wir wieder auf einem gewissen Normalstande angekommen sind, wird man an eine endgültige Regelung der Löhne und Beseitigung der außergewöhnlichen Zulagen herangehen können. Hierbei wird man dann selbstverständlich von dem Grundsatz ausgehen müssen, daß in keinem Falle unter das sogenannte Existenzminimum heruntergegangen werden darf, daß aber die breiten Schichten der gelernten und für besondere Qualitätsarbeiten befähigten Arbeiter auch Anspruch auf eine entsprechend höhere Lebenshaltung haben. . . . Eine der schönsten Folgen des Krieges würde es sein, wenn auch die beiden bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. Zu diesem Zweck wird es aber vor allem notwendig sein, daß der Unternehmer den Lebensinteressen des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt, und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmers richtig würdigen lernt, daß er allmählich erkennt, daß seine Interessen mit denen des Unternehmertums völlig solidarisch sind. Eine blühende Industrie ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter diese Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegensätze auszugleichen.“

Wir möchten diesen Ausführungen hinzufügen: Es wäre eine dankbare Aufgabe der Arbeitgeberverbände, wenn sie die Gewerkschaften der Arbeiter als deren berufene Interessenvertretung anerkennen und durch Verhandlung mit ihnen eine Verständigung über die Lohnfrage anbahnen wollten. Auch dann, wenn sich ergeben würde, daß die Interessen von Unternehmertum und Arbeiterschaft nicht völlig solidarisch sind, braucht eine solche Verständigung nicht ausgeschlossen zu sein. Aber darin stimmen wir Dr. Sahl zu, daß dabei keinesfalls unter das Existenzminimum heruntergegangen werden darf, und daß die gelernte Arbeiterschaft Anspruch auf eine entsprechend höhere Lebenshaltung habe.

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

VI.

Wie können die Gewerkschaften das Kulturtheater praktisch fördern?

In den vorstehenden Ausführungen glauben wir bewiesen zu haben, daß wir es in dem Theaterkulturverband mit einer Organisation zu tun haben, die gerade vom Standpunkte der Gewerkschaften aus die größtmögliche Förderung verdient. Eine Arbeit, wie dieser Verband sie leistet und fernerhin in immer zunehmendem Maße leisten will, muß rückwirkend wiederum auch die Gewerkschaften in denkbar günstigstem Sinne befruchten. Ihnen kann es nur förderlich und nützlich sein, wenn ihre Mitglieder geistig und sittlich auf den höchsten Niveau stehen. Daß sie zum mindesten die Zweckmäßigkeit möglichst guter künstlerischer Darbietungen schon erkannt haben, ist ja bereits ausgeführt. Ebenso aber auch, daß sie bei allem guten Willen auf diesem Gebiete nur höchst selten Wertvolles leisten können und von einer planmäßigen Förderung guter Bühnenkunst dabei überhaupt keine Rede sein kann. Und doch gilt auch auf diesem Gebiete das Wort, daß das Beste gerade gut genug für die Arbeiterschaft ist. Das Beste ist aber heute so teuer, daß nur finanziell sehr gutgestellte Gewerkschaften es sich leisten können, es ihren Mitgliedern zu vermitteln. In den meisten Fällen müssen sie sich mit mittelmäßiger Marktware, oftmals sogar mit geringwertigem Gutte begnügen. Von einer organisatorischen Bearbeitung dieses Gebietes durch die Gewerkschaften unmittelbar kann keine Rede sein, und von einer Einwirkung auf die Kunstunternehmungen im sozialen Sinne schon gar nicht. Die Möglichkeit dazu sollen und dürfen aber die Gewerkschaften nicht von der Hand weisen, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten ist. Und hier ist ihnen nunmehr die Gelegenheit geboten. Auf die Bildungsmöglichkeiten durch die Darbietung guter Bühnenkunst ist schon hingewiesen. Und wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, daß der Theaterkulturverband seine Bestrebungen in die entlegensten Orte der Provinz tragen, daß er auch solchen Orten das Theater erschließen will, die bisher von jedem Kunstgenuß geradezu abgeschlossen waren, daß von ihm mit ganz besonderer Energie die Errichtung von öffentlich unterstützten Wandertheatern betrieben wird — daß also sein diesbezügliches Wirken auch dem Arbeiter in der Kleinstadt und mittelbar selbst im kleinsten Dorfe zugute kommen soll — wenn man dies alles in Betracht zieht, dann wird man zugeben müssen, daß an einem solchen Wirken die Gewerkschaften ein großes, lebendiges Interesse haben. Mit Hilfe des Theaterkulturverbandes wird ihnen zum ersten Male die Gelegenheit geboten, den wunder-

haren Schatz dramatischer Weltliteratur und deutscher Bühnenkunst fast allen ihren Mitgliedern mit verhältnismäßig geringem Aufwand an Mitteln zugänglich machen zu können und somit bei vielen von ihnen den Sinn für die Schönheiten der Kunst und des geistigen Genießens zu erwecken und zu fördern.

Wenn aber der Theaterkulturverband diese seine großen Aufgaben erfüllen soll, dann bedarf er dazu der praktischen Mitarbeit auch der Gewerkschaften überall da, wo er in diesem Sinne wirken will. Dann ist es nicht damit getan, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit in dem Verbandskörperlich vertreten sind. Die Aufgaben des Verbandes, die hier in ihrer Gesamtheit dargestellt wurden, wiederholen sich an jedem einzelnen Ort, in jeder Provinz, in jedem Bundesstaat, und müssen überall praktisch in die Hand genommen werden. Überall muß darauf hingewiesen werden können, daß wirklich die Massen des Volkes das fordern, was der Verband in ihrem Namen vertritt.

Auf der anderen Seite haben wir auch ein Interesse daran, überall, wo eine Verwirklichung der aufgestellten Forderungen im allgemeinen in Aussicht gestellt erscheint, unser Gewicht auch in den einzelnen Ortsgruppen des Verbandes in dem Sinne geltend zu machen, daß nun auf dem Gebiete der künstlerischen Darbietungen dem entsprochen wird, was wir für uns glauben beanspruchen zu sollen. Nicht in dem Sinne, daß nun eine ganz bestimmte Tendenz in den Vordergrund gerückt wird, sondern ganz allgemein von der Auffassung ausgehend, daß wir mitraten und mittaten wollen, wo es sich darum handelt, daß auch für uns etwas geschaffen werden soll. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, daß sich die einzelnen örtlichen Gewerkschaften oder auch die Gewerkschaftskartelle den Ortsgruppen des Theaterkulturverbandes als körperschaftliche Mitglieder anschließen, oder, wo solche Ortsgruppen noch nicht bestehen, selber den Anfang mit der Bildung einer Ortsgruppe zu machen.

Es wäre zu wünschen, daß diese Anregung allenthalben auf fruchtbaren Boden fällt, denn hier gilt es eine alte Forderung aller Vorwärts- und Aufwärtstrebenden endlich einmal praktisch zu verwirklichen, die lautet:

Die Kunst dem Volke!

An unsere bayerischen Kollegen und Kolleginnen!

Der Krieg hat die Reihen unserer Organisation gelichtet. Tausende unserer Kollegen, die vor dem Kriege ihre ganze Kraft für den Ausbau und den Fortschritt unseres Verbandes einsetzten, stehen heute im Felde und erwarten mit heißer Sehnsucht den Zeitpunkt, in dem sie wieder in unsere Reihen eintreten, gemeinsam mit uns für unsere gemeinschaftlichen Aufgaben wirken können. Auch wir Dahingeblichenen sind von dem gleichen Sehnen erfüllt, erwarten mit Ungeduld die Rückkehr unserer feldgrauen Kollegen. Inzwischen erwächst uns aber die unbedingte Verpflichtung, mit ganzer Kraft dafür einzutreten, daß unsere zurückkehrenden Kollegen unsere Organisation möglichst wieder in dem Zustande vorfinden, als sie dieselbe verlassen haben.

Die entsetzlich lange Dauer des Krieges hat schon manche Berechnung und Voraussehung über den Haufen geworfen. Auch so mancher unserer Kollegen und Kolleginnen haben ihre Auffassungen, ihr Verhalten ändern müssen. Der dumpfe Druck, unter dem wir wohl fast alle bei Ausbruch des Krieges standen und der noch verschärft wurde durch eine fast allgemeine Arbeitslosigkeit in unserem Berufe, ließ wohl so manchen Zweifel aufkommen darüber ob, unser Verband allen diesen Anstürmen gewachsen sein könnte.

Die Zahl derer, die das Gasenpanier ergriffen und den Verband in seiner schwierigsten Situation im Stiche ließen, war leider nicht gering. Die sich bald bemerkbar machende und bis heute sich stetig verschärfende Steuerungsbrachte wohl manchen unserer Kollegen wieder zur Überzeugung, daß es ohne Verband nicht gehe, daß für die verteuerte Lebenshaltung ein Ausgleich durch Steigerung des Lohneinkommens geschaffen werden müsse. Daß Lohnerhöhungen nicht zu erzielen sind, wenn jeder für sich und auf eigene Hand dabei vorgeht, ist wohl für einen größeren Teil, aber leider noch nicht bei allen unserer Kollegen eine bekannte Tatsache. Es gibt leider heute noch Arbeiter und Arbeiterinnen in unserem Berufe, die da meinen, für die Verbesserung der Löhne selbst nichts tun zu brauchen, weil dafür schon die anderen sorgen werden. Daß unser Verband da ist, daß er auch während der ganzen Kriegszeit sich unablässig bemüht hat, die Interessen der Porzellanarbeiterschaft zu wahren, das weiß heute jeder Arbeiter, jede Arbeiterin in einer Porzellanfabrik. Ja, die härtesten Kritiker erwachsen unserem Verbands gerade aus den Reihen derer, die ihm heute noch nicht angehören. Ueber die schlechten Verhältnisse, die furchtbare Steuerungs-

die mangelhafte und unzureichende Ernährung und Bekleidung können die Unorganisierten nicht genug schimpfen, da müßte der Verband viel mehr tun, als geschehen ist. Jedoch selbst Mitglied des Verbandes werden, selbst mit Hand anlegen und Opfer bringen für eine Verbesserung der Lebenshaltung — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes. Für den Verband müssen ja Beiträge entrichtet werden, um die Mittel zu beschaffen, die der Verband zur Durchführung seiner Aufgaben braucht. Gerade dieses leidige Beitragszahlen ist es, das den Verband bei diesen Kollegen so unbeliebt macht. Wenn man diese Beiträge sparen kann, an den Errungenschaften des Verbandes für die Arbeiterschaft trotzdem beteiligt wird, dann handelt man doch besonders schlau.

So urteilen allerdings nur Leute, die jeden Gemeinschaftsempfindens bar sind und nur den krassesten Egoismus für ihr Handeln bestimmend sein lassen. Daß ihre Rechnung außerdem ein großes Loch aufzuweisen hat, wird den meisten nicht klar. Wir wollen gar nicht davon reden, daß es von jedem anständigen Menschen als höchst unmoralisch angesehen wird, ein Schmaroherdasein zu führen, von den Vorteilen, die andere zu erreichen wußten, mit zu zehren, ohne selbst etwas dafür getan zu haben. Dann sollten sich alle unorganisierten Kollegen und Kolleginnen darüber klar sein, daß sie die alleinige Schuld dafür tragen, wenn die Lohnverbesserungen nicht in dem Maße erzielt werden konnten, wie es dem Stande der heutigen Lebensverhältnisse entsprechend eigentlich der Fall sein müßte. Damit haben dieselben nicht nur die Kollegenschaft im allgemeinen, sondern sich auch im besonderen geschädigt. Was auf der einen Seite an Beiträgen gespart wurde und wird, wird auf der anderen Seite in vergrößertem Maßstabe der Familie und sich selbst entzogen infolge des verhältnismäßig zu niedrigen Lohnes. Aber auch jeder Fortschritt, der für die Arbeiter erreicht werden soll, wird gehemmt und erschwert durch die Unorganisierten. Jeder Unternehmer nimmt an, und nicht mit Unrecht, daß die Unorganisierten keinen Anspruch erheben auf Lohnverbesserungen und sonstige Vorteile, daß sie vollkommen zufrieden sind mit den bestehenden Verhältnissen. Wären sie das nicht, dann könnten sie eben nicht unorganisiert sein, dann müßten sie sich vor allen Dingen dem Verbands anschließen und im Verein mit den übrigen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen des Betriebes für Verbesserungen eintreten.

Daß unser Verband sich ständig angelegen sein ließ, die gedrückte Lage der Porzellanarbeiterschaft zu bessern nach Möglichkeit, sollte nachgerade allen Kollegen und Kolleginnen genügend bekannt sein. Es soll hierbei nur erinnert werden an die Anstrengungen, die von seiten der Vertretung unseres Verbandes gemacht wurden, um für die wegen Kohlen- und Massemangel feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen eine staatliche Erwerbslosen-Unterstützung zu erreichen. Oder meinen die Unorganisierten, eine solche Unterstützung wäre auch ohne unsere Organisation und deren Tätigkeit erzielt worden? Wer anders, als unser Verband, hätte sich denn für die Porzellanarbeiterschaft verwenden sollen? Etwa die Unternehmer, die ein Sechstel der Erwerbslosen-Unterstützung aus eigenen Mitteln dazu zahlen mußten?

Es soll aber auch weiter erinnert werden an die Bemühungen, für die Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen Oberfrankens und der Oberpfalz eine allgemein gültige Steuerungszulage zu erreichen, die ja bekanntlich auch von Erfolg gekrönt waren. Wenn auch hier nicht erreicht wurde, was wünschenswert und notwendig gewesen wäre, so kommt doch besonders in Betracht, daß die Steuerungszulagen, die auf Grund der Vereinbarungen zwischen dem Verband der Porzellanindustriellen Oberfrankens und der Oberpfalz und den Vertretern der organisierten Arbeiter heute gezahlt werden, für alle Porzellanfabriken dieses Bezirkes und für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Fabriken ohne Unterschied Geltung haben. Auch die Unorganisierten, die sonst gar nicht daran denken durften, in den Genuss einer Steuerungszulage zu kommen, haben eine solche erreicht. Jeder und jede Unorganisierte, die heute schmunzelnd die Steuerungszulage einstreichen, hätten nur bei den bezüglichen Verhandlungen hören sollen, als die Vertreter der Unternehmerorganisation erklärten, die Arbeiter in den Betrieben sind zufrieden und denken nicht an Forderungen auf Lohnerhöhungen. Die Unorganisierten sind schuld, wenn Unternehmer zu solcher Auffassung verleitet werden.

Die Lohnerhöhungen, die heute in Form von Steuerungszulagen gewährt werden, sind für alle unsere Kolleginnen und Kollegen nicht so ganz unbeachtlich, soviel man auch darüber rasonieren mag, daß dieselben noch weitgehender hätten sein müssen. Für weibliche und jugendliche Arbeiter bei einem durchschnittlichen Wochenlohn von 15 Mk. beträgt diese rund 50 Proz. Für männliche Arbeiter mit einem durchschnittlichen Wochenlohn von 35 Mk. rund 37 Proz. Nehmen wir einmal an, es sind heute nur zwei Drittel von der im Jahre 1913 festgestellten Arbeiterzahl in den Porzellan-

betrieben beschäftigt, dann wären 8334 weibliche und 5666 männliche Personen, die für diese Teuerungszulage in Betracht kommen. Das Jahr zu 50 Arbeitswochen oder 300 Arbeitstagen gerechnet, ergibt ein Mehr an Lohn infolge der Teuerungszulagen für die Frauen pro Jahr rund $3\frac{1}{4}$ Millionen Mark, für die Männer rund $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark. So gering der Betrag ist, der auf den einzelnen entfällt, so sind es doch immerhin stattliche Beträge, die insgesamt dabei herauskommen. In der Zukunft gilt es in erster Linie, bereits Erreichtes festzuhalten und weiteres zu erringen. Soll unsere Organisation in Zukunft mehr noch als bisher in der Lage sein, mit Nachdruck die wirtschaftlichen Interessen der Porzellanarbeiterschaft zu vertreten, dann ist es aber auch notwendig, daß die heute unseren Bestrebungen noch fernstehenden und unorganisierten Kolleginnen und Kollegen sich in Reih und Glied stellen mit den organisierten Arbeitern unseres Berufes. Solidarität, Einstehen des einen für den anderen, wenn das gemeinsame Interesse gefördert werden soll, das ist es, was wir brauchen, um unsere zukünftigen Aufgaben zu erfüllen.

Deshalb rufen wir jedem Kollegen, jeder Kollegin, die unserem Verbands noch nicht angehört, die ernste Mahnung zu: Verschäume nicht, so bald als möglich die Mitgliedschaft im Verbands der Porzellanarbeiter zu erwerben. Je größer die Zahl der Organisierten, je kleiner die Zahl der Unorganisierten, desto leichter wird es der Organisation möglich sein, die Interessen der gesamten Porzellanarbeiterschaft und damit auch die Interessen jedes einzelnen Arbeiters wahrzunehmen.

S. B.

Aus unserm Berufe.

Die Großen fressen die Kleinen auf. Wie wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, hat der Aufsichtsrat der Porzellanfabrik C. M. Gutschentreuther in Hohenberg an der Eger beschlossen, einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung den Erwerb der Porzellanfabrik Carl Nuvera in Arzberg vorzuschlagen. Die Porzellanfabrik Gutschentreuther ist, wie mitgeteilt wird, in allen Abteilungen reichlich mit Aufträgen versehen und hat im abgelaufenen Geschäftsjahr günstig gearbeitet, so daß mit einer namhaften Steigerung der Dividende, die im Vorjahre 8 Proz. betrug, zu rechnen ist. Ob die Arbeiterschaft in Hohenberg, die nicht organisiert ist, auch von einer namhaften Steigerung der Löhne berichten kann infolge des guten Geschäftsganges, ist uns nicht bekannt geworden.

Zu unserer Notiz in Nr. 29 „Der Ameise“, betreffend „Der Konkurrenzkampf in der Porzellanindustrie“, wollen wir noch ergänzend hinzufügen, daß in Nr. 29 „Die Porzellan- und Glashandlung“ ein Rundschreiben veröffentlicht wird, in dem sich die drei königlichen Porzellanmanufakturen in Meißen, Berlin und Nymphenburg an die Gändlerschaft wenden und diese warnt, einen Vertrag von der Art, wie wir ihn zum Abdruck brachten, mit der „großen deutschen Porzellanfabrik, bezw. deren Konzern“, abzuschließen. Die drei königlichen Porzellanmanufakturen drohen jedem Gändler, der solchen Vertrag eingehen würde, mit der Sperrung des Warenbezuges für die Dauer solchen Vertrages.

In der gleichen Nummer der „Porzellan- und Glashandlung“ verlangt die Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., Aktiengesellschaft, auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung, dahingehend, daß in Absatz 4 des veröffentlichten Vertrages hinter dem Satz — alle gleichartigen deutschen Kunstporzellane — sich in dem Originalvertrage noch der Satz befindet: „ausgenommen die königlichen Manufakturen“.

An der Sache selbst wird dadurch, daß die vom Rosenthal-Konzern beliebte Art des Konkurrenzkampfes sich nicht gegen die königlichen Porzellanfabriken wendet, wenig geändert.

Gewerkschaftliches.

Jubiläum des Lederarbeiterverbandes. Am 1. Juli waren 25 Jahre verflossen seit Verschmelzung der bis 1893 bestehenden beiden Gewerkschaften. Die Arbeiter wie auch die Arbeitgeber hatten bis zu ihrer letzten Organisation. Dem Zuge der Zeit folgend, wurde nun die Verschmelzung beschlossen und die neue gemeinsame Organisation als Lederarbeiterverband nahm am 1. Juli 1893 ihren Anfang. Das Vierteljahrhundert war ungetrübt mit einer Reihe von Kämpfen zur wirtschaftlichen Besserstellung der Berufsangehörigen, vor Anklärungsarbeit, von Bestrebungen, die Organisation auszugestalten und zu festigen. Mit Genehmigung kann die „Lederarbeiterzeitung“ feststellen, daß auf allen diesen Gebieten erfreuliche Fortschritte erzielt worden sind. Sie richtet aber auch an ihre Mitglieder die Mahnung, an das Werk der Gewerkschaft zu denken. Deshalb sei es ihre Pflicht, die Verbandserfolge zu wahren, die Kräfte für die Anklärungsarbeit zu verdoppeln für

den schweren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Das Ziel sei nicht nur gut zu leben, sondern auch, daß das Proletariat gleichberechtigt und frei leben will. Auch wir wünschen dem Verbands für fernerhin die besten Erfolge.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Freitag, den 9. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Verwaltungssitzung im Bureau.

Sonnabend, den 17. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Zahlstellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Charlottenburg. Sonnabend, 24. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 4.

Eisenberg. Sonnabend, den 10. August, abends 8 Uhr, bei Mag. Obst. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Saselbad. Sonnabend, den 10. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gauleiters: „Die Lungentuberkulose als Berufskrankheit der Porzellanarbeiter, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung“.

Adressen-Änderungen.

Dresden. Kassierer: Paul Dünisch. Bureau, Ritzbergstr. 6 II, ist geöffnet Montag, Mittwoch, Freitag von $\frac{1}{2}$ 7—8 Uhr, Sonnabend von 4—7 Uhr. Meldungen und Geldsendungen sind nach der Wohnung des obengenannten, Gehtstr. 34-IV, zu richten.

Sterbetafel.

Neuhaldensleben. Anna Wiegmann, Arbeiterin, geboren am 16. Dezember 1886 in Neuhaldensleben, gestorben am 15. Juli an Lungenleiden. Mitglied seit 1911.

Ehrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Johann Martin, Dreher, geboren am 19. November 1876 in Marienroth (Oberfranken), gestorben am 1. Juni 1918 im Festungslazarett zu Meß an den Folgen einer am 30. Mai erhaltenen schweren Verletzung durch eine Fliegerbombe. Mitglied der Zahlstelle Köppelsdorf.

Hermann Leue, Dreher, geboren am 17. Oktober 1878 in Neuhaldensleben, an den Folgen eines Bauchschusses Ende Juli 1918 in einem Feldlazarett gestorben. Die Zahlstelle Neuhaldensleben verliert mit ihm ein langjähriges, treues Mitglied.

Ehrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Lth. Tonwarenfabrik, gut beschäftigt, sucht tüchtigen Porzellanarbeiter

(Gießer, Brenner usw.) als Teilhaber bei zirka 3000 Mk. Kapitaleinlage. Spezialität glasierte Töpfe. Näheres Ernst Schieblich, Arnstadt.

Wir suchen einen tüchtigen

Aufseher für die Tonmühle

sowie zwei tüchtige

Gießer

für größere Flachgeschirre.

Angebote an

Porzellanfabrik Fraureuth A.G., Fraureuth b. Weiden i. Sa.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Ostf. Rottmann, Stadtilm.

Aue Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweilstr. 32.

Schnelle, reelle Bezahlung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.